

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Brauerstraße 30

76135 Karlsruhe

Die Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37

10117 Berlin

Berlin, den 7.12.2018

Rechtsextremistisch motivierte Anschlagsserie in Berlin-Neukölln

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt Dr. Frank,
sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Barley,

als Betroffene von Anschlägen aus der Neonazi-Szene wenden wir uns mit der Bitte an Sie, dass die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen im Zusammenhang mit der gegen uns und andere Neuköllner Bürgerinnen und Bürger gerichteten Anschlagsserie übernimmt.

Ermutigt zu diesem Schritt hat uns das Eingreifen der Bundesanwaltschaft in Chemnitz, mit dem versucht worden ist, mögliche Anschläge bereits in einem frühen Vorbereitungsstadium zu verhindern. Bei uns in Berlin-Neukölln hat die Nazi-Szene die Planungs- und Vorbereitungsphase längst verlassen und verübt seit Jahren mit erheblicher krimineller Energie Anschläge auf Einrichtungen und Menschen, die sich für ein tolerantes und demokratisches Miteinander engagieren. Mehrfach waren dabei Leib und Leben von Personen gefährdet.

Die erste Anschlagsserie fand in den Jahren 2011 und 2012 statt und richtete sich vor allem gegen Einrichtungen von zivilgesellschaftlich aktiven Organisationen. Bereits in dieser ersten Anschlagsserie waren, etwa bei zwei Brandanschlägen im Juni und November 2011 auf das von der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Neukölln“ betriebene Anton-Schmaus-Haus in Berlin-Britz, Menschenleben unmittelbar in Gefahr.

Am 5. April 2012 wurde der 22-jährige Burak Bektaş im Neuköllner Ortsteil Britz ermordet. Zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Der Mord geschah ganz in der Nähe der Wohn- und Aufenthaltsorte von Personen, die in Zusammenhang mit den auf uns verübten Anschlägen stehen. Etwaige Verbindungen zwischen dem Mord an Burak Bektaş und den anderen Anschlägen sind offenbar nie konkret überprüft worden. Das gilt auch für eine Verbindung zwischen dem Mord an Burak Bektaş und dem am 20. September 2015 erfolgten Mord an dem britischen Staatsbürger Luke Holland in Neukölln. Für die letztgenannte Tat wurde zwar ein Täter festgestellt und rechtskräftig verurteilt, einem sich aufdrängender Zusammenhang zwischen den Morden an Luke Holland und Burak Bektaş und einer Verbindung des Täters zu der rechtsextremistischen Szene in Berlin-Neukölln wurde aber nicht weiter nachgegangen. Trotz deutlicher Indizien sah die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Berlin keinen rechtsextremistischen Hintergrund bei der Ermordung von Luke Holland.

Im Juni 2016 begann dann eine neue Reihe von Anschlägen. Die Betroffenen sind jetzt vor allem Privatpersonen aus demselben zivilgesellschaftlichen Spektrum. Insgesamt gab es seitdem 14 Brandanschläge auf Privat-PKW's direkt vor oder in unmittelbarer Nähe der Wohnungen von Betroffenen. In einigen Fällen war es nur glücklichen Umständen zu verdanken, dass das Feuer nicht auf Gebäude übergriff und Menschen geschädigt wurden. Bei drei Betroffenen wurde das Auto bereits zwei Mal angezündet. Das heißt: alle Betroffenen müssen mit der Wiederholung derartiger Angriffe rechnen. Einige Betroffene erhielten auch persönliche Bedrohungen – auch Morddrohungen waren darunter, es wurden rechte Schmierereien bei ihnen verübt und Scheiben eingeschlagen.

Beim Landeskriminalamt Berlin wurde im Frühjahr 2017 die EG RESIN – Ermittlungsgruppe Rechtsextremistische Straftaten in Neukölln - und im zuständigen Polizeiabschnitt 56 in Süd-Neukölln die OG REX (Operative Gruppe Rechtsextremismus) eingerichtet. Doch Ermittlungserfolge sind bisher ausgeblieben. Die Anschlagsserie konnte nicht gestoppt werden.

Für wie hoch die Polizei die Gefährdungssituation einstuft, zeigt sich unter anderem darin, dass sie regelmäßige Kontrollfahrten bei den von den Anschlägen Betroffenen durchführt. Erst kürzlich wurden einige informiert, dass die Streifenfahrten von dem bisherigen Zwei- auf einen Einstundentakt ausgeweitet wurden.

Dieser anhaltenden Bedrohungssituation sind nicht nur die direkt von den Anschlägen Geschädigten ausgesetzt. Sie betrifft auch ihre Familien, ihre Kinder, ihre Nachbarn und alle Menschen, die sich in Neukölln zivilgesellschaftlich, aber auch parteipolitisch gegen Rechts-Extremismus und für Demokratie einsetzen.

Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln hat deshalb am 28.2.2018 in einer Entschließung (Drs. Nr. 0518/XX) verlangt, „dass diese Anschlagsserie als terroristisch eingestuft wird“.

Inzwischen wurden mindestens zwei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Brandanschlägen von der Staatsanwaltschaft Berlin einstweilen eingestellt. Bei „einfachen“ Sachbeschädigungen war dies schon vorher der Fall.

Wir befürchten, dass sich die Täter aus der Nazi-Szene durch diese Verfahrenseinstellungen von Einzelverfahren ermutigt fühlen, ihre Anschlagsserie fortzusetzen. Wir sind außerdem in Sorge, dass die Verfahren als Komplex behandelt werden. Wir fürchten vielmehr weitere Einstellungen nach Verstreichen einer bestimmten Zeit nach Ausübung der Taten und schließlich auch die Reduzierung des Ermittlungs- und Überwachungsaufwands der Polizei.

Fortgesetzte Terrorserien als solche zu erkennen und rechtzeitig zu handeln, bevor Todesopfer zu beklagen sind, ist eine der Lehren aus der Aufarbeitung der Taten des NSU.

Wir hoffen aufgrund der schwerwiegenden Dimension dieser rechtsextremistisch motivierten Anschläge gegen zahlreiche Personen auf die Übernahme der Verfahren aus der Neuköllner Anschlagsserie durch die Bundesanwaltschaft. Wir versprechen uns davon eine Bündelung der Verfahren und die Anwendung von Ermittlungstechniken, die nur von der obersten Strafverfolgungsbehörde möglich sind. Daraus könnten sich neue Erkenntnisse und neue Ermittlungsmöglichkeiten ergeben.

Auf jeden Fall würde das Eingreifen der Bundesanwaltschaft und die Einstufung der Anschlagsserie als rechter Terror sowohl den Tätern als auch der Zivilgesellschaft zeigen, dass der Staat Angriffen auf demokratisches Engagement höchste Priorität einräumt, sie mit aller Härte und allen seinen Möglichkeiten verfolgt und die Betroffenen nicht „im Feuer“ stehen und mit ihren Ängsten alleine lässt.

Gerne stellen wir Ihnen auf Anfrage Geschäftszeichen der Verfahren und weitere Informationen zur Verfügung. Auch andere Rückfragen beantworten wir gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Mirjam Blumenthal

Detlef Fendt

Gabriele Gebhardt

Claudia von Gélieu

Christian von Gélieu

Ferat Koçak

Heinz Jürgen Ostermann

Peter Scharmberg

Jürgen Schulte

Lasse Jahn / SJD – Die Falken Neukölln

Unterstützer*innen :

Martin Hikel, Bezirksbürgermeister von Neukölln

Fritz Felgentreu, Bundestagsabgeordneter aus Neukölln

Eva Högl, Bundestagsabgeordnete

Martina Renner, Bundestagsabgeordnete

Petra Pau, Bundestagsabgeordnete

Nicola Böcker-Giannina, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Derya Çağlar, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Anne Helm, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Susanna Kahlefeld, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Georg Kössler, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Anja Kofbinger, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Joschka Langenbrink, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Niklas Schrader, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln